

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates am 09.06.2020

Zu Beginn der Sitzung richtet Bürgermeister Kurt Baier ein paar Worte zur Finanz- und Einkommenssituation der Gemeinde infolge der Corona-Pandemie an den Gemeinderat bzw. zitiert dazu aus einem Schreiben des Bayerischen Gemeindetags.

„Nach den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzung werden die Steuereinnahmen aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie im Jahr 2020 bundesweit dramatisch auf insgesamt 717,8 Milliarden Euro einbrechen. Das ist ein Minus von 98,6 Milliarden Euro im Vergleich zur November-Steuerschätzung (-10,2%).

Der Freistaat Bayern ist im Jahr 2020 mit einem Rückgang der Steuereinnahmen von 5,5 Milliarden Euro betroffen. Für die Jahre 2021 und 2022 wird von einem Minus von 2,7 Milliarden bzw. 2,6 Milliarden Euro gegenüber den November 2019 Zahlen derzeit ausgegangen.

Wie dramatisch sich die Situation darstellt, lässt sich daran ablesen, dass in Zeiten der Finanzkrise 2008/2009 die Abweichung des Freistaats bei rund -1,5 Milliarden gelegen ist. Auf der Basis der uns zur Verfügung stehenden Zahlen gehen wir für das Jahr 2020 von einem Minus bei den bayerischen Kommunen von rund 2,2 Milliarden Euro aus. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Gewerbesteuer, Kommunalanteil an der Einkommensteuer, Kommunalanteil an der Umsatzsteuer. Die Grundsteuer bleibt stabil. Unser Glattbacher Haushalt ist zum Glück mit einem hohen Maß an Zurückhaltung aufgestellt worden.

Für das laufende Jahr werden wir die im Haushaltsplan angesetzten Einnahmen in der Gewerbesteuer erreichen – natürlich hätten wir ohne die Corona-Krise ein deutlich besseres Ergebnis erzielt.

Die Einkommensteueranteile werden sich momentan unwesentlich ändern, die Frage ist aber auch hier, wie die Entwicklung durch die Pandemie weitergeht. Ebenso ist die Frage, inwieweit sich vielleicht die staatlichen Zuschussprogramme für die Kommunen reduzieren.

Wir sollten versuchen, aus dieser Situation für unsere Glattbacher Bürgerinnen und Bürger das Beste zu machen.

Der Koalitionsausschuss hat ein Eckpunktepapier, das sogenannte „Corona-Paket“, aufgelegt, in dem beispielsweise Fördermittel für den Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen bereitgestellt werden.

Hier haben wir aktuell vielleicht die Chance, bei unseren anstehenden Projekten wie Kinderkrippe, Kindergarten und Kinderhort öffentliche Mittel als Zuschuss zu erhalten.

In diesem Sinne sollten wir optimistisch und zuversichtlich in unsere Zukunft gehen.

„Jede Krise ist eine Chance“

oder (frei nach Max Frisch)

*„Eine Krise ist ein produktiver Zustand,
man muss Ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen!“*

Einwände gegen die Tagesordnung

Eberhard Lorenz möchte wissen, ob Bürgermeister Kurt Baier künftig zu Beginn jeder Sitzung bestimmte Themen aufgreift und darüber informiert, dies war in der Vergangenheit nicht der Fall.

Bürgermeister Kurt Baier antwortet, dass das zwar bisher nicht der Fall gewesen sei, aber dies in der Entscheidungsbefugnis des Bürgermeisters liegt, ob aktuelle und für die Gemeinde wichtige Angelegenheiten zu Beginn der Sitzung thematisiert werden.

1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.05.2020

Zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 12.05.2020 wurde im Vorfeld der Sitzung von der Fraktion Glattbach! ein Änderungsantrag bei TOP 8 (drittletzter Absatz) „Sachstandsbericht zur Kindergarten- und Kinderkrippensituation in Glattbach“ mitgeteilt. Der Änderungsantrag wird schließlich zurückgezogen.

Von Anneliese Euler wird eine Änderung des ersten Satzes bei TOP 10 a) Bauantrag beantragt.

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

Abstimmung: 17 : 0

Des Weiteren beantragt Anneliese Euler den vierten Absatz unter Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern zu ändern.

Der Protokolländerung wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung: 12 : 5

Carsten Schumacher beantragt zwischen dem vierten und fünften Absatz unter Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern einen neuen Absatz einzufügen.

Der erste Satz im nächsten Absatz soll außerdem ergänzt werden.

Dem Ergänzungsantrag wird zugestimmt.

Abstimmung: 10 : 7

Eberhard Lorenz beantragt im neunten Absatz bei TOP 8 „Sachstandsbericht zur Kindergarten- und Kinderkrippensituation in Glattbach“ das Wort Fraktionssprecher durch „Vertreter der Fraktionen“ zu ersetzen.

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

Abstimmung: 15 : 2

Im Übrigen werden keine Einwände vorgebracht. Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 19.05.2020 wird genehmigt.

Abstimmung: 17 : 0

2. Unterhalt des Trinkwassernetzes; Austausch defekter Wasserschieber

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Dubis vom EWG als technische Betriebsführung anwesend.

Bei einer Kontrolle des Trinkwassernetzes wurde festgestellt, dass an insgesamt vier Örtlichkeiten im öffentlichen Bereich wichtige Hauptleitungsschieberkreuze defekt sind.

Diese sind zeitnah zu reparieren.

Für die Erd- und Tiefbauarbeiten wurden drei Angebote eingeholt:

Firmen

Firma Ernst Aulbach GmbH, Aschaffenburg

FreuGarten GbR, Weibersbrunn

Erdbau Steigerwald, Schöllkrippen

Hinzu kommen die Materialkosten, die über die Firma Ferrum Handel Rhein-Main GmbH bezogen werden.

Carsten Schumacher möchte wissen, warum die Materialkosten nicht in den Angebotspreisen enthalten sind. Bürgermeister Kurt Baier antwortet, dass sich die Angebote nur auf die notwendigen Erdarbeiten beziehen und es hier nur um die Vergabe der Erd- und Tiefbauarbeiten geht.

Des Weiteren fragt Carsten Schumacher, warum für die Materialbeschaffung keine Ausschreibung erfolgt. Herr Dubis antwortet, dass dem EWG nur drei Firmen bekannt sind, über die Materialien beschafft werden können.

Aufgrund der Erfahrungen und Geschäftsbeziehungen erfolgt der Materialbezug durch das EWG i. d. R. über die Fa. Ferrum Handel Rhein-Main GmbH.

Anfang des Jahres erfolgt von Seiten des EWG eine Preisabfrage bei den Firmen. Da die Fa. Ferrum Handel hier günstigster Anbieter war und es sich bei dem notwendigen Material um geringe Mengen handelt, wurde auf die Einholung weiterer Angebote für die Materialbeschaffung verzichtet. Herr Schumacher ist der Meinung, dies sei kein Argument. Sicher sei bei Einholung eines weiteren Angebots ein günstigerer Preis zu erzielen.

Anneliese Euler schließt sich der Aussage von Herrn Schumacher an und bittet um Einholung eines weiteren Angebots.

Bürgermeister Kurt Baier weist darauf hin, dass heute nur der Auftrag für die Erd- und Tiefbauarbeiten zu vergeben ist.

Jürgen Kunsmann ergänzt außerdem, dass die Materialkosten mit Schätzkosten angegeben sind.

Die tatsächlichen Kosten werden anhand der Aufmaße und Massen abgerechnet, erläutert Bürgermeister Kurt Baier.

Herr Dubis weist nachrichtlich noch darauf hin, dass die Gemeinde Glattbach mit dem EWG einen Vertrag über die Übernahme der technischen Betriebsführung für das E- und W-Werk geschlossen hat. Streng genommen hätte die Gemeinde Glattbach keinen Einfluss, über welche Firma das EWG die Materialien bezieht. Für den Bezug des Materials bestünde sogar die Möglichkeit, dass zum Einkaufspreis ein Aufschlag an die Gemeinde Glattbach weiter verrechnet wird. Dies erfolgt bisher natürlich nicht.

Ursula Maidhof verweist in diesem Zuge auf die jährliche Ausschreibung für die Arbeiten an des Jahres-Leistungsverzeichnisses für Kanal-, Wasserleitungs- und Straßenbauarbeiten.

Auch hier erfolgt ebenfalls zu Jahresbeginn die Preisabfrage bei den Firmen.

Frank Ehrhardt möchte von Herrn Dubis wissen, ob die abgeschätzten Materialkosten ausreichend kalkuliert wurden.

Herr Dubis bejaht dies. Eine Kostenerhöhung sei nur zu erwarten, wenn weitere unvorhergesehene Schäden im Zuge der Maßnahme festgestellt werden.

Sebastian Guevara erkundigt sich, wie oft Schieberkreuze ausgetauscht werden müssen.

Von Herrn Dubis wird diesbezüglich mitgeteilt, dass Schieberkreuze i. d. R. nach 40 bis 50 Jahren erneuert werden müssen, bei neueren Schiebern ist die Haltbarkeit erfahrungsgemäß nicht mehr ganz so lange, mitunter nur noch 20 bis 30 Jahre.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Ausführung der notwendigen Schieberreparaturen. Der Auftrag für die Erd- und Tiefbauarbeiten wird an den günstigsten Anbieter, die Firma Erdbau Steigerwald, Schöllkrippen zu einer Angebotssumme i. H. v. 14.103,09 € netto erteilt.

Abstimmung: 17 : 0

3. Dienstaufwandsentschädigung für die weiteren Bürgermeister

Es wird auf die konstituierende Sitzung des Gemeinderates vom 05.05.2020 sowie die öffentliche Sitzung vom 19.05.2020 verwiesen, in der die Angelegenheit bereits behandelt wurde.

Ein ehrenamtlicher weiterer Bürgermeister hat nach Art. 53 Abs. 4 und Art. 54 KWBG Anspruch auf Entschädigung neben der als Mitglied des Gemeinderates gewährten Entschädigung.

Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach dem Maß der besonderen Inanspruchnahme, sie darf zusammen nicht mehr betragen als die Entschädigung oder die Summe von Grundgehalt, Familienzuschlag der Stufe 1 und Dienstaufwandsentschädigung des Vertretenen.

Die Entschädigung wird durch Beschluss festgesetzt.

Die bisherigen Dienstaufwandsentschädigungen, die im Mai 2014 festgesetzt wurden, betragen aufgrund der allgemeinen Besoldungserhöhungen im April 2020 290,31 € für den zweiten Bürgermeister und 209,02 € für den dritten Bürgermeister. Die geleisteten Vertretungsstunden wurden mit einem Stundensatz von zuletzt 36,46 € vergütet.

Von Eberhard Lorenz wurde in der letzten Gemeinderatssitzung die Meinung vertreten, dass keine monatliche Entschädigung gezahlt werden sollte, sondern nur Zahlungen nach Aufwand. In diesem Zusammenhang wurde darum gebeten, nochmals die Rechtsgrundlagen zu prüfen.

Da die Grundsatzentscheidung hinsichtlich der Entschädigungszahlungen für die weiteren Bürgermeister im Zusammenhang zu treffen ist, werden die Punkte **a) Entschädigung für den zweiten Bürgermeister** sowie **b) Entschädigung für den dritten Bürgermeister** zusammen behandelt.

Es wird zunächst festgestellt, dass Jürgen Kunsmann als zweiter Bürgermeister gemäß Art. 49 GO persönlich beteiligt ist. Er nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Abstimmung: 16 : 0

Weiter wird mehrheitlich festgestellt, dass auch Frank Ehrhardt bereits bei der Grundsatzdiskussion als dritter Bürgermeister gemäß Art. 49 GO persönlich beteiligt ist. Er nimmt ebenfalls an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Abstimmung: 13 : 3

Zur Anfrage aus der letzten Sitzung wurden der Bayerische Gemeindetag und die Rechtsaufsicht im Landratsamt um Stellungnahme und Beurteilung der Rechtsgrundlagen gebeten. Es erfolgte die Mitteilung und Bestätigung, dass sowohl die Gewährung einer monatlichen Pauschale oder eine Vergütung nur im Vertretungsfall möglich ist. Welche Variante angewendet wird, hat jede Gemeinde für sich zu entscheiden.

Bürgermeister Kurt Baier informiert über eine telefonische Nachfrage bei zehn Nachbargemeinden. Dies hat ergeben, dass es sehr unterschiedliche Varianten hinsichtlich der Dienstaufwandsentschädigungen für die weiteren Bürgermeister gibt. Alle angefragten Gemeinden zahlen einen monatlichen Pauschalbetrag. Eine zusätzliche Zahlung des tatsächlichen Aufwandes nach Stunden-/Tagessatz leisten davon vier Gemeinden.

Die Höhe richtet sich nach der Inanspruchnahme.

Der Vergleich mit anderen Gemeinden zeigt, dass die bisherige Regelung in Glattbach für die Gemeinde durchaus wirtschaftlich und nicht falsch gewesen war.

Eberhard Lorenz nimmt Bezug auf die tatsächlich angefallenen Vertretungsstunden in den vergangenen Jahren. Demnach sei die Entschädigung drei Mal so hoch gewesen, wie die tatsächlich erbrachten Vertretungsstunden. Die Vertretungsstunden sollten deshalb wie in der Vergangenheit auch, mit einem Stundensatz von 36,46 € vergütet werden, allerdings ohne Gewährung einer zusätzlichen monatlichen Pauschale.

Bürgermeister Kurt Baier ergänzt, dass der ehemalige Bürgermeister in der Vergangenheit nur sehr selten Urlaub in Anspruch genommen hat, und aufgrund dessen die Vertretungsstunden in den zurückliegenden Jahren keine Referenzgröße seien.

Carsten Schumacher ist der Meinung, dass es in Glattbach eine funktionierende Verwaltung gibt, wonach eine Vertretung des ersten Bürgermeisters durch einen weiteren Bürgermeister nur stundenweise stattfinden müsste. Er schließt sich der Meinung von Eberhard Lorenz an, keine pauschale Entschädigungszahlung zu leisten, sondern die Abrechnung gemäß Stundensatz vorzunehmen. Weiter könne vierteljährlich eine Überprüfung der Vertretungsstunden mit anschließender Beurteilung erfolgen.

Ursula Maidhof unterstützt die Aussage von Carsten Schumacher, dass die Gemeinde Glattbach eine sehr qualifizierte Verwaltung habe, dennoch werde seit über 20 Jahren eine Dienstaufwandsentschädigung mit monatlicher Pauschalzahlung sowie Stundenvergütung gewährt. Sie sieht keinen Anlass diese Vorgehensweise zu ändern, zumal sie in der Vergangenheit in ihrer Funktion als zweite Bürgermeisterin Erfahrungen sammeln konnte.

Eberhard Lorenz ist außerdem der Meinung, dass es eine Geschäftsleiterin gibt, die durchaus auch Aufgaben übernehmen könnte. Der aktuelle Stundenlohn von 36,46 € sei keinesfalls ein niedriger Lohn und ausreichend. Wie andere Gemeinden dies handhaben, spielt für ihn keine Rolle.

Bürgermeister Kurt Baier weist darauf hin, dass es bei den angefragten Gemeinden keine einzige gibt, die nur gemäß Stundensatz entschädigen. Dies sollte man bei der Entscheidungsfindung bedenken. Dass einzig und alleine Glattbach dies tatsächlich als Lösung anstrebe, lässt bei ihm Zweifel aufkommen.

Herbert Weidner spricht sich dafür aus, die monatliche Pauschale gänzlich zu streichen. Anhand der angefallenen Vertretungsstunden könnte in einem Jahr eine Beurteilung erfolgen.

Nach eingehender Diskussion schlägt Sebastian Guevara schließlich einen Kompromiss vor. Die weiteren Bürgermeister sollen monatlich eine Pauschalzahlung erhalten (zweiter Bürgermeister 300,00 €, dritter Bürgermeister 210,00 €). Die ersten acht geleisteten Vertretungsstunden werden darauf angerechnet und alle weiteren erbrachten Stunden werden gemäß dem Stundensatz von 36,46 € vergütet.

Bürgermeister Kurt Baier begrüßt diesen Vorschlag als einen sehr vernünftigen Kompromiss.

Eberhard Lorenz weist auf 65 erbrachte Vertretungsstunden im Jahr 2019 hin. Seiner Meinung nach wird die im Verhältnis zur Aufwandsentschädigung stehende Leistung nicht erbracht.

Bürgermeister Kurt Baier antwortet diesbezüglich nochmal, dass die Vertretungsstunden der letzten Jahren keine Referenzgröße sei, die herangezogen werden kann. Die Entscheidung sollte auf einer Basis und vergleichbarem Niveau mit Nachbargemeinden getroffen werden. Demzufolge sei eine Kombination aus Pauschale und stundenweiser Vergütung angebracht.

Folgende Beschlüsse werden schließlich gefasst:

Der Vorschlag der Verwaltung, wie bisher eine monatliche Pauschalzahlung und Vergütung der Vertretungsstunden gemäß Stundensatz vorzunehmen, wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung: 4 : 11

Dem Vorschlag von Sebastian Guevara, eine monatliche Pauschalzahlung zu gewähren, in der die ersten acht geleisteten Vertretungsstunden enthalten und alle weiteren Vertretungsstunden gemäß dem Stundensatz zu vergüten sind, wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung: 8 : 7

Bevor über die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung beschlossen wird, möchte Ralf Schuck noch wissen, ob der zweite und dritte Bürgermeister nicht die gleiche Pauschale erhalten können.

Bürgermeister Kurt Baier teilt hierzu mit, dass der zweite Bürgermeister erfahrungsgemäß häufiger im Amt sein wird und deshalb die Unterscheidung angebracht ist.

Über die Höhe der Entschädigung werden folgende Beschlüsse gefasst:

Der zweite Bürgermeister Jürgen Kunsmann erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung i. H. v. 300,00 €. Mit dieser Entschädigung sind bereits acht Vertretungsstunden abgegolten. Alle weiteren erbrachten Vertretungsstunden werden gemäß dem aktuellen Stundensatz i. H. v. 36,46 € vergütet.

Abstimmung: 11 : 5

Der dritte Bürgermeister Frank Ehrhardt erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung i. H. v. 210,00 €. Mit dieser Entschädigung sind bereits acht Vertretungsstunden abgegolten. Alle weiteren erbrachten Vertretungsstunden werden gemäß dem aktuellen Stundensatz i. H. v. 36,46 € vergütet.

Abstimmung: 12 : 4

4. Hydraulische und bauliche Ertüchtigung des Entwässerungssystems der Gemeinde Glattbach; Bericht und Information über weitere Vorgehensweise

Am 27.05.2020 fand ein Gespräch mit Herrn Klumpp vom Wasserwirtschaftsamt (WWA) und Herrn Klein vom Ing.-Büro Jung statt. Hierbei wurde über die hydraulische und bauliche Ertüchtigung des Entwässerungssystems der Gemeinde Glattbach gesprochen.

Bürgermeister Kurt Baier informiert den Gemeinderat über das Gespräch und die geplante weitere Vorgehensweise.

Herr Klumpp wurde auf den aktuellen Stand hinsichtlich der durchgeführten Arbeiten gebracht. Die Unterlagen wurden dem Wasserwirtschaftsamt von Herrn Klein digital zur Verfügung gestellt.

Der Fristenplan ist hinsichtlich der weiteren Ausbaumaßnahmen auf den aktuellen Stand zu bringen. Probleme hinsichtlich möglicher Gesetzesverstöße infolge des zu aktualisierenden Fristenplans wurden hierbei vom WWA nicht genannt.

Passend hierzu wird Herr Klein die Unterlagen zum bisherigen vorgesehenen weiteren Ausbau, die bereits dem Gemeinderat vorgestellt wurden, auch an das Wasserwirtschaftsamt weiterleiten.

Von Seiten der Gemeinde wurde bei dem Gespräch außerdem mitgeteilt, dass in Glattbach auch alternative Lösungsvorschläge diskutiert werden (Vorschlag hinsichtlich Regenrückhaltebecken von Herbert Weidner).

Es wird als notwendig erachtet, damit die Diskussion versachlicht wird, dieses Modell zu prüfen und zu bewerten.

Eine erste Aussage von Herrn Klumpp (WWA) war, „... das ist die Kür, ändert aber nichts an der Notwendigkeit der Durchführung des bisher geplanten und genehmigten Ausbaus.“

Unabhängig vom Funktionieren sei das vorgeschlagene Regenrückhaltebecken auch wirtschaftlich sehr kritisch zu sehen.

Das Ing.-Büro Jung wurde beauftragt, diesen Vorschlag fachlich vorzubereiten und mit dem Wasserwirtschaftsamt abzustimmen.

Anschließend soll ein Termin mit dem Wasserwirtschaftsamt, Ing.-Büro Jung und Herr Weidner zur Erörterung stattfinden.

Herr Klumpp und Herr Klein werden dann voraussichtlich in der Augustsitzung des Gemeinderates das Projekt und die möglichen weiteren Schritte vorstellen.

Danach soll über den weiteren Ausbau mit Gemeinderat und Öffentlichkeit diskutiert und entschieden werden.

Von Seiten der Gemeinde wurde angeregt, über das Vorziehen des Bauabschnitts 2 gegenüber des Bauabschnitts 1 nachzudenken bzw. zu prüfen.

Weiterhin nimmt Bürgermeister Kurt Baier Bezug auf einen im Oktober 2018 gefassten Gemeinderatsbeschluss hinsichtlich der Vornahme einer Hochwasserberechnung HQ100. Die Stadt Aschaffenburg hat sich seinerzeit an die Gemeinde gewandt und angefragt, ob diese sich an einer Hochwasserberechnung HQ100 für den Glattbach anschließen möchte (Stadt Aschaffenburg - Berechnungen für den Glattbach auf städtischer Gemarkung/Gemeinde Glattbach - für ihre Gemarkung). Unmittelbar nach der Sitzung erfolgte die Mitteilung und Beauftragung an die Stadt Aschaffenburg. Ein Anruf vor zwei Wochen hat schließlich ergeben, dass außer einiger Vorarbeiten bis dato noch nichts Weitere geschehen sei. Herbert Weidner ist der Meinung, dass der Erörterungstermin ohne Vertreter des Ing.-Büros Jung stattfinden sollte, da das Ing.-Büro vermutlich die teuerste Lösung empfohlen wird, da sich das Honorar dementsprechend bemisst.

Er verweist außerdem auf eine E-Mail an den ersten Bürgermeister Kurt Baier hinsichtlich des Baus eines Regenrückhaltebeckens andernorts. Auch wurden Informationen hinsichtlich möglicher Förderungen durch den Freistaat Bayern mitgeteilt.

Weiter sollen die Gemeinden und Städte in Erfahrung gebracht werden, die bereits ein solches Rückhaltebecken gebaut haben und von ihren Erfahrungen berichten können.

Bürgermeister Kurt Baier führt aus, dass er vollkommen offen für funktionierende Vorschläge und Alternativen sei. Eine wirtschaftliche und sinnvolle Lösung muss für Glattbach gefunden werden.

Er stellt noch einmal klar, dass die Aussage hinsichtlich der Kosten i. H. v. 2.000,00 bis 3.000 € /m³ für den Bau eines geschlossenen Regenrückhaltebeckens (Weidner-Vorschlag) nicht von Seiten des Ing.-Büros genannt wurden, sondern von Herrn Klumpp vom Wasserwirtschaftsamt.

Solche Punkte sollten im Zuge der fachlichen Diskussion zur Sprache kommen. Niemand möchte freiwillig eine teure Lösung für Glattbach.

Bürgermeister Kurt Baier erklärt weiter, dass er sich ganz klar von der Aussage von Herbert Weidner distanzieren, dass ein Ing.-Büro zur Umsetzung einer teuren Lösung rät, um ein höheres Honorar zu erhalten.

Er möchte zunächst erst alle Grundlagen untersuchen lassen und das Ergebnis der Prüfung abwarten, um anschließend auch den Vorschlag von Herbert Weidner bewerten zu können.

Carsten Schumacher meldet sich zu Wort. Er teilt mit, dass er heute zum ersten Mal gehört hat, dass evtl. der 2. Bauabschnitt vorgezogen werden soll. Dies ist für ihn nicht verständlich, zumal dieser wesentlich teurer ist als der 1. Bauabschnitt. Für ihn macht es wenig Sinn, sich nur auf einen Punkt zu konzentrieren. Der gesamte Ausbau sollte im Zusammenhang gesehen werden. Er plädiert deshalb dafür, die Maßnahmen im gesamten zu betrachten.

Bürgermeister Kurt Baier bestätigt, dass die beiden Bauabschnitte planerisch natürlich im Zusammenhang betrachtet werden müssen. Das eventuelle Vorziehen der Ausführung des 2. Bauabschnitts sei ein Vorschlag. Dies sollte in einem nächsten Schritt natürlich erst bewertet, diskutiert und anschließend entschieden werden.

Eberhard Lorenz sieht es als positiv an, dass man sich mit dieser Angelegenheit befasse. Da es insbesondere viele neue Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gibt, wäre es seiner Meinung nach angebracht gewesen, gleich den gesamten Gemeinderat bzw. die Vertreter der Fraktionen bei dem Gespräch hinzuzuziehen. Er hofft, dass keine Entscheidungen über den Gemeinderat hinweg getroffen werden.

Bürgermeister Kurt Baier versichert, dass er sehr wohl abwäge, zu welchem Zeitpunkt der Gemeinderat hinzugezogen wird. Auch ihm liegt sehr viel an einer guten Zusammenarbeit mit den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Eine Entscheidung über die Köpfe des Gemeinderates hinweg, kann und wird es nicht geben. Ähnlich wie bei dem Thema „Kindergarten- und Kinderkrippensituation“ wird auch der Gemeinderat bei dieser Thematik einbezogen werden. Zunächst ging es jedoch um eine Basis und grundlegende Aspekte.

Frank Ehrhardt möchte wissen, ob es einen geeigneten Mitbewerber zum Ing.-Büro Jung gibt.

Für Bürgermeister Kurt Baier ist es unverständlich, dass die Arbeit des Ing.-Büros in Frage gestellt wird. Vermutlich gibt es eine deutschlandweit eine Vielzahl von Ing.-Büros die Planungen für Tiefbauarbeiten durchführen.

Carsten Schumacher sieht die Frage von Frank Ehrhardt als berechtigt. In der freien Wirtschaft werden solche Dinge öfters hinterfragt. Warum sollte man nicht auch von Seiten der Gemeinde Glattbach Ausschau nach Mitbewerbern halten.

Herbert Weidner führt aus, dass er persönlich nichts gegen das Ing.-Büro Jung habe. Dies gilt als gutes Büro. Er ist dennoch der Meinung, dass die Beratung über die Notwendigkeit eines Regenrückhaltebeckens nicht dem Ing.-Büro Jung überlassen werden sollte. Da es offizielle Untersuchungen eines ähnlichen Regenrückhaltebeckens in Berlin gibt, handelt es sich seiner Meinung nach hierbei nicht um eine Kür wie von Herrn Klumpp erwähnt.

Die Beratung zu diesem Thema ist für heute beendet. Die Ausführungen dienen dem Gemeinderat zur Kenntnis.

Die Angelegenheit wird voraussichtlich in der August-Sitzung auf der Tagesordnung stehen.

5. Bauanträge;

Da es sich um persönliche Einzelinteressen handelt, wird von einer Veröffentlichung abgesehen.

6. Antrag der Fraktion Bürger Glattbachs zur Bildung eines Jugendgemeinderats, -forum oder –parlament – Einbindung in die kommunalpolitische Willensbildung

Mit Schreiben vom 02.06.2020 hat die Fraktion Bürger Glattbachs die Bildung eines Jugendgemeinderats, -forums oder –parlaments beantragt.

Ziel soll die Einbindung von Jugendlichen (14 bis 18 Jahre) und Schülern (6 bis 13 Jahre) in die kommunalpolitische Willensbildung sein.

Begründung des Antrags:

Gesellschaftliche Teilhabe sei das beste Mittel, um Politikverdrossenheit und Radikalisierung entgegenzuwirken. Sie stärkt Selbstbewusstsein und Demokratieverständnis und ist damit eine wichtige Investition in die Zukunft von Glattbach. Jugendliche/Schüler welche sich ernst genommen fühlen, ihre Bedürfnisse Gehör finden und sie ihre Ideen mit einbringen können, stärken die Identifikation mit Glattbach. Aus dem Achten Sozialgesetzbuch folgt, dass Kinder und Jugendliche „entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen“ beteiligt werden müssen. Das zu gewährleisten ist für Gemeinden eine Herausforderung und Chance zugleich. Angebote zu Mitbestimmung, wie Jugendrat, -forum oder -parlament können hierbei ein wertvolles Instrument sein.

Aber auch darüber hinaus sind vielfältige Formen der Beteiligung denkbar.

Folgender Text wurde zur Aufnahme in die Geschäftsordnung vorgeschlagen:

Beteiligung von Jugendlichen und Schülern

- (1) Die Beteiligung von Jugendlichen an der kommunalpolitischen Willensbildung, insbesondere bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, erfolgt durch einen Jugendgemeinderat.
- (2) Der Jugendgemeinderat regelt seine inneren Angelegenheiten in einem Statut.
- (3) Den Sprechern des Jugendgemeinderats steht ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht im Gemeinderat in allen Angelegenheiten zu.
- (4) Für die Beteiligung von Kindern sind im Bedarfsfall geeignete Beteiligungsformen zu entwickeln.

Bürgermeister Kurt Baier erteilt das Wort an den Fraktionssprecher der Bürger Glattbachs, Frank Ehrhardt und bittet um Erläuterung des Antrags.

Hinsichtlich der Resonanz kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden. Das Angebot eines solchen Forums sollte den Jugendlichen jedoch eröffnet werden.

Ziel sei es, interessierte Jugendliche zu finden und zu akquirieren, ggfs. auch über die Glattbacher Sportvereine.

Die Einrichtung eines Jugendgemeinderats könnte auch im Zusammenhang mit der Bestellung eines Jugendbeauftragten betrachtet werden.

Bürgermeister Kurt Baier hält die Einrichtung eines Jugendgemeinderates grundsätzlich für einen guten Vorschlag, allerdings stellt sich die Frage nach der Vorgehensweise. Eine Um-

frage in Nachbargemeinden ergab, dass es bisher nur in einer Gemeinde einen Jugendgemeinderat gibt. Wichtig sei vor einer Umsetzung die Klärung, welche Aufgaben das Gremium künftig haben wird.

Frank Ehrhardt ergänzt, dass es aktuell viele spannende Themen in Glattbach gibt, die für Jugendliche interessant sein könnten. Insbesondere bei den Themen Förderung der Jugendarbeit, Schule oder Kindergärten könnten diese ihre Erfahrungen mit einbringen. Er verweist auf die Stadt Aschaffenburg, in der vor ca. 2 Jahren einen Jugendstadtrat ins Leben gerufen wurde.

Bürgermeister Kurt Baier schlägt vor, Kontakt mit der Gemeinde Laufach aufzunehmen, die bereits einen Jugendgemeinderat hat, Vergleiche mit Aschaffenburg verbieten sich wegen den völlig unterschiedlichen Voraussetzungen. Heute sollte dennoch ein Grundsatzbeschluss gefasst werden ob dieses Gremium auch in Glattbach gebildet werden soll. Weitere Details sollen im Jugend-, Senioren-, Kultur- und Sportausschuss beraten werden.

Carsten Schumacher spricht sich dafür aus, eine solche Initiative zu unterstützen. Zunächst sollte eine Klärung der noch offenen Punkte erfolgen und anschließend die Regelungen in die Geschäftsordnung aufgenommen werden.

Eberhard Lorenz unterstützt ebenfalls den Vorschlag der Bürger Glattbachs. Die entsprechenden Voraussetzungen sollten in der Geschäftsordnung geschaffen werden. Die Tür sollte für die Jugendlichen offen sein. Dies sei ein guter Versuch, dass sich die Jugendlichen in Glattbach politisch engagieren können.

Bürgermeister Kurt Baier fasst noch einmal den Tenor der heutigen Sitzung zusammen. Demnach sei die Einrichtung eines Jugendgemeinderates von Seiten des Gemeinderates sehr zu begrüßen. Anhand der Beratung ist zu erkennen, dass es durchaus ein positives Votum gibt. Zur Realisierung sind noch gewisse Details abzuklären.

Jürgen Kunsmann äußert, dass die Stoßrichtung gut sei, er wünsche sich allerdings mehr Details und ein ausgearbeitetes Konzept. Der Jugend-, Senioren-, Kultur- und Sportausschuss sollte sich mit der Angelegenheit befassen. Anschließend sollten Regelungen in die Geschäftsordnung aufgenommen werden.

Auch Anneliese Euler sieht es als wichtig an, dass die Politik bei den Jugendlichen zum Leben erweckt wird. Weiter sei dies der beste Weg, Kinder gegen Radikalismus zu schützen.

Herbert Weidner ist der Meinung, dass der vorgeschlagene Text für die Geschäftsordnung unter Abs. 3 im Widerspruch zu § 16 GeSchO steht und so nicht umsetzbar sei. Bürgermeister Kurt Baier führt diesbezüglich aus, dass die Regelungen noch zu präzisieren wären.

Ursula Maidhof kann sich gut vorstellen, dass die Jugendlichen bereits schon bei der Festlegung von Inhalten für die GeSchO einbezogen werden.

Bürgermeister Kurt Baier bittet schließlich den Gemeinderat um eine positive Beschlussfassung, um die Jugendlichen in die politische Arbeit mit einzubinden.

Der Gemeinderat spricht sich für die Bildung eines Jugendgemeinderates aus.

Die Fraktion Bürger Glattbachs sowie der Jugend-, Senioren-, Kultur- und Sportausschuss werden mit der Vorarbeit beauftragt.

Abstimmung: 17 : 0

7. Bericht Bürgermeister

- **Mitteilung der Wasserverluste für 2019;**
Nach abschließenden Auswertungen liegen die Wasserverluste der Gemeinde Glattbach für 2019 bei 5,45%. Der Bundesdurchschnitt 2017 liegt bei 5,3%.
- **Information über diverse Wasserrohrbrüche im Ortsbereich**
- **Kanalnetzbefahrung des 2. BA anl. Eigenüberwachungsverordnung;**
Die Befahrung des 2. BA wird seit 25.05.2020 bis ca. Ende Juni 2020 durchgeführt. Dies betrifft den Bereich von Rathaus bis in etwa Weihergrund inkl. Seitenstraßen.
- **Öffnungszeiten des Recyclinghofs;**
Der Recyclinghof bleibt auch weiterhin mittwochs geöffnet. Die Besucherzahlen zeigen, dass dies notwendig ist, um aufgrund der aktuellen Situation die Wartezeiten so gering wie möglich zu halten.
- **Stellenausschreibung Mitarbeiter/in für den Recyclinghof auf Basis einer geringfügigen Beschäftigung;**
Aktuell stehen nur noch 4 Mitarbeiter für die Einteilung zur Verfügung.
Ein Mitarbeiter ist im März ausgeschieden und ein weiterer Mitarbeiter wird wahrscheinlich auch demnächst ausscheiden. Wegen Corona ist ein Mitarbeiter bereits nicht mehr im Einsatz.
- **Terminbekanntmachungen;**
 - **Waldbegehung** des Gemeinderats mit dem Förster Schiller am 16.06.2020, 18 Uhr
 - **Jugend-, Senioren-, Kultur- und Sportausschusssitzung** am 18.06.2020, 20 Uhr (Thema: Senioren-/ und Jugendbeauftragte/r)
 - **Informationsveranstaltung für die Gemeinderäte** am 23.06.2020
- **Kontaktaufnahme mit einem Verkehrsplaner ;**
Vorgespräch mit Büro Habermehl & Follmann wegen Konzept Hauptstraße. Ziel ist, unter Einbeziehung Gemeinderat und der Bürgerinnen und Bürger, die zukünftige Verkehrsführung in der Hauptstraße zu entwickeln.
- **Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen Hohlacker und Weitzkaut;**
Zuwendungsbescheid der Regierung von Ufr., Fördersatz beträgt 50 % = 15.100 €
Die vom LRA zugesagten 10.000 € (5.000 € je Bushaltestelle) entfallen somit und werden durch den höheren Förderbetrag von der Regierung ersetzt.
- **Krisenbewältigungspaket 2020 zur Stärkung der Gemeinden;**
Hinweis auf das von der Regierung beschlossene Konjunkturpaket, das Familien, die Kommunen und die Wirtschaft in der Corona-Krise unterstützen soll. Hierbei ist auch eine **Förderung für den Kita-Ausbau** enthalten. Details bleiben noch abzuwarten.
- **Einstellung eines Bauhofmitarbeiters (Haupttätigkeit Schulhausmeister):**
Aufgrund der geführten Vorstellungsgespräche wurde Herr Michael Sauer aus Glattbach eingestellt. Herr Sauer absolviert aktuell noch den LKW-Führerschein und wird voraussichtlich ab September 2020 seinen Dienst antreten.
- **Glasfaserausbau;**
Vergangene Woche fand ein Gespräch mit dem Elektrizitätswerk Goldbach--Hösbach

(EWG) bzgl. Glasfaserausbau statt. Hierbei wurde in Erfahrung gebracht, dass es ein bayerisches Förderprogramm für den Ausbau gibt. Der Ausbau wird mit 90% bezuschusst! Hierzu wird in Kürze auch nochmals ein Beratungstermin mit dem Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung stattfinden. In der Juli-Sitzung des Gemeinderates soll hier ein Fachplanungsbüro mit der Antragstellung beauftragt werden.

- **Bauausschusssitzung zum Thema Verkehrshelferüberweg am 02.06.2020;**
Am 02.06.2020 fand eine Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschusssitzung statt. Thema war die Einrichtung eines Verkehrshelferüberwegs im Bereich der Hauptstraße – Höhe Bushaltestelle Hohlack. Hierzu war der Verkehrspolizist, Herr Schultes, anwesend und hat vor Ort die Situation erläutert. Demnach ist es aus Sichtgründen nicht möglich einen sicheren Überweg einzurichten. Die Angelegenheit wird in der Juli-Sitzung auf der Tagesordnung des Gemeinderates zur abschließenden Beschlussfassung stehen.
- **Generalsanierung Schule;**
Zu diesem Thema fand heute (09.06.2020) mit Herrn Kunz vom Büro Guntau & Kunz aus Kitzingen ein Gespräch statt. Das Büro erbringt sowohl das komplette Leistungsbild einer Projektsteuerung als auch flexible projektbezogene und praxisorientierte Teillösungen. Wir werden den TOP „Generalsanierung/Neubau Grundschule“ auf die nächste Tagesordnung im Juli nehmen um hier die weiteren Schritte zur Vorgehensweise mit der Reg. v. Ufr. zu besprechen.
- **Gratulation** der Gemeinderätin Ursula Maidhof zum *60. Geburtstag*

8. Verschiedenes

a) Wortmeldungen von Gemeinderatsmitgliedern

Jürgen Kunsman meldet sich zu Wort und nimmt Bezug auf einen Gemeinderatsbeschluss hinsichtlich der Entfernung des mittleren Stellplatzes vor der ehemaligen Raiffeisenbank in der Hauptstraße und möchte wissen, ob hierzu bereits Gespräche mit dem Grundstückseigentümer geführt wurden. Bürgermeister Kurt Baier sichert diesbezüglich eine Prüfung zu.

Des Weiteren weist er auf Findlinge hin, die am Ortseingang in der Straße Am Hang/Im Tal platziert wurden. Er bittet um Prüfung, ob der mittlere der drei Steine entfernt werden kann. So wäre die Durchfahrt für Fahrradfahrer möglich.

Eberhard Lorenz nimmt Bezug auf das übersandte Protokoll der letzten Besprechung „Runder Tisch Kindergarten“. In dem Protokoll ist aufgeführt, dass es eine Warteliste für den Kindergarten gibt. Bürgermeister Kurt Baier antwortet diesbezüglich, dass die Bedarfszahlen am Montag bei einem Gesprächstermin mit der Kindertagenaufsicht des Landratsamtes besprochen werden.

Christian Bernhard berichtet, dass ihm zugetragen wurde, dass die neue Andienung des Recyclinghofes seit der Corona-Situation eine enorme Verbesserung und Erleichterung für das Personal zeigt. Evtl. sollte dies auch nach Corona so beibehalten werden, um für einen reibungslosen Ablauf zu sorgen. Bürgermeister Kurt Baier antwortet, dass auch er festgestellt hat, dass die geänderte Verkehrsführung zu einer Verbesserung der Situation geführt hat. Es werden Überlegungen angestellt, die Andienung auch künftig so zu belassen.

Arno Wombacher nimmt Bezug auf das Starkregenereignis am 10. Mai 2020. Immer häufiger kommt es bei Starkregenereignissen zu Überschwemmungen im Ortsbereich. Es sollten Überlegungen angestellt werden, wie den Anwohner geholfen werden kann.

Bürgermeister Kurt Baier antwortet, dass der Kanal auf schnellstem Wege ertüchtigt werden muss, um Abhilfe zu schaffen. Die Helfer der Freiwilligen Feuerwehr sowie die Mitarbeiter des Bauhofs sind bei solchen Ereignissen immer im Einsatz um Hilfe zu leisten.

Arno Wombacher regt außerdem an, darüber nachzudenken einen sog. „Härtefonds“ für solche besonderen Ereignisse einzurichten.

Ursula Maidhof weist in diesem Zuge noch einmal darauf hin, dass die Freiwillige Feuerwehr die 1. Hilfeinheit vor Ort ist.

Christian Bernhard ergänzt als stellv. Feuerwehrkommandant, dass die Feuerwehr wissen muss, an welchen Stellen Hilfe gebraucht wird. Betroffene Personen müssen sich unter der Rufnummer 112 melden. Kommentare in den sozialen Netzwerken sind hierzu nicht hilfreich.

b) Wortmeldungen der anwesenden Bürgerinnen und Bürger

Ein Bürger begrüßt, dass die Verkehrsplanung für die Hauptstraße erneut aufgegriffen wird. Obwohl vor seinem Anwesen nur 30 km/h erlaubt sind, fahren die meisten Fahrzeuge mit Tempo 50 km/h vorbei. Personen die bei ihm vor dem Wohnhaus parken und die Straße zum Gesundheitszentrum überqueren müssen, brauchen teilweise bis zu fünf Minuten. Die Situation sei sehr gefährlich.

Er schlägt vor, den Asphalt im gesamten Bereich auf Höhe des Gesundheitszentrums rot zu markieren und mit Warnschilder auf Fußgänger hinzuweisen. In der Stadt Aschaffenburg werden für Fahrradfahrer sämtliche Wege markiert, warum sollte dies in Glattbach nicht auch für Fußgänger möglich sein.

Bürgermeister Kurt Baier antwortet, dass dies im Zuge der Verkehrsplanung besprochen werden kann.

Die vorstehend veröffentlichte Niederschrift hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Soweit Tagesordnungspunkte persönliche Einzelinteressen betreffen, wird nur kurz das Beschlussergebnis bekannt gegeben oder von einer Veröffentlichung abgesehen.